

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Dezember 2024

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Qassam Muaddi: Nach einem Jahr der Vernichtung ist Palästina immer noch am Leben**
- **Patrick Lawrence: Israel und seine Nachbarschaft**
- **Dave DeCamp: US-Veto gegen Waffenruhe in Gaza**
- **Ilan Pappé: Der Staat Israel nach dem 7. Oktober: Zwischen Entkolonialisierung und Zerfall**
- **BüSo: Mutige Israelis fordern Sanktionen gegen Israel, um ihr Land zu retten**
- **Alfred de Zayas: Friedensmission der UNESCO**
- **IPPNW: Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen**
- **Werner Rügemer: EU: Ausweg aus dem gefährlichen Vasallen-Status**
- **Thierry Meyssan: Der Platz der USA und Israels in den Regierungen der EU und Frankreichs**
- **Corona-Pandemiejahre aufarbeiten – Stimmen in Deutschland und den USA**
- **MWGF: Italienische Studie bestätigt Gesundheitsgefährdung durch mRNA-Impfstoffe**
- **Wiltrud Schwetje: KI und Gesichtserkennung machen persönliche Daten auf einen Blick sichtbar**
- **Ersten "Trusted Flagger" in Deutschland**
- **Christian Kreiß: Wir müssen die Mieten weiter erhöhen**
- **Hans-Böckler-Stiftung: Einkommensungleichheit und Armut haben seit 2010 deutlich zugenommen –**
- **Christian Fischer: Demokratie im Detail**
- **Lucien Scherrer: Erfolgsautor Eugen Ruge: "Wir sehen in Putin das geborene Monster. Das ist Märchenlogik"**

Zitat des Monats von [Oskar Lafontaine](#):

**Warum ist es für die Kriegstreiber in aller Welt immer so schwer,
sich vorzustellen, wie es den Familien geht,
deren Väter und Söhne auf den Schlachtfeldern sterben müssen?**

(Lafontaine erinnert an Albert Schweitzer, der für die Ehrfurcht vor dem Leben warb, und folgert:)

**Liebe zum und Mitleid mit dem Mitmenschen
sind Voraussetzungen einer friedlichen Welt.**

Editorial

*Die aktuellen Umbrüche im Nahen Osten lassen die Ereignisse täglich in einem etwas anderen Licht erscheinen. In dieser dynamischen Lage verweisen wir auf wichtige Artikel zur Lage im Nahen Osten vor dem aktuellen Machtwechsel in Syrien. Qassam Muaddi erinnert daran, dass die **Kulturen des Nahen Ostens** der Menschheit das Christentum geschenkt haben und mit ihren über lange Zeit entwickelten Werten des Mitgefühls alle modernen humanistischen Philosophien mitbegründet haben. Vor diesem Hintergrund bewertet Patrick Lawrence **“die abscheulichen Taten Israels“**, die von den USA durch ihr Veto gegen eine Waffenruhe in Gaza im UN-Sicherheitsrat politisch flankiert werden. Ilan Pappé sieht in der weltweiten Unterstützung für die Palästinenser das Ende der Unterdrückung, während die BüSo auf einen **Appell israelischer Bürger** aufmerksam macht, der internationale Sanktionen gegen Israel fordert.*

*Alfred de Zayas fordert einen **globalen Pakt für den Frieden**, damit die Idee in der UNESCO-Verfassung, “eine Kultur des Friedens aufzubauen“, endlich gelebt wird. Der IPPNW hat eine Kampagne für die Friedensfähigkeit durch Ablehnung der Stationierung neuer Waffensysteme in Deutschland gestartet. In diesem Sinne fordert auch Werner Rügemer, dass die **EU sich aus ihrem US-Vasallenstatus lösen** müsse, indem die “unregulierten Schattenbanken“ entflochten und “in national und sozial gestaltetes Eigentum“ überführt werden. Die politische Seite der US-Abhängigkeit der EU seit ihrer Entstehung schildert Thierry Meyssan.*

*Hinsichtlich der **Corona-Pandemie** weist Jürgen Mietz auf Studien zu den Folgen der Maßnahmen in Deutschland hin, die **dringend aufgearbeitet** werden müssen. Bzgl. der USA tut dies ein Untersuchungsausschuss des Repräsentantenhauses mit seinem Abschlussbericht. In Italien wird angesichts der **Infragestellung von Wirksamkeit und Sicherheit der mRNA-Impfung** die sofortige Aussetzung der Impfkampagne gefordert.*

.....

.....

Zum **Thema Datenschutz** weist Wiltrud Schwetje auf eine Studie zu den mit KI verbundenen Gefahren hin. Auch die mit öffentlichen Mitteln geförderten Kontrollinstrumente wie **“Trusted Flagger“** für Internet-Plattformen sind laut Andreas Rottmann und Norbert Häring kritisch zu sehen.

In Deutschland verschlechtern sich die sozialen Verhältnisse für viele Menschen, was Christian Kreiß am Beispiel der **Mietpreisentwicklung** aufzeigt und wozu er konstruktive Vorschläge macht, während die Hans-Böckler-Stiftung in einer Studie zur **Einkommens- und Armutsentwicklung** seit 2010 belegt, dass auch der Mittelstand um seinen Lebensstandard fürchten muss.

Einen Überblick über die **demokratischen Systeme** verschiedener Länder und zur direkteren Demokratie in Deutschland gibt Christian Fischer, um an die institutionellen Möglichkeiten (oder Hindernisse) demokratischen Handelns zu erinnern. Abschließend verlinken wir ein interessantes Interview mit dem Schriftsteller und Regisseur Eugen Ruge, der sich bzgl. Deutschland zur politischen Stimmung in Ost und West äußert. Insbesondere wünscht sich Ruge **mehr Empathie** seitens der Menschen im Westen.

[Inhalt](#) ↑

● Qassam Muaddi: **Nach einem Jahr der Vernichtung ist Palästina immer noch am Leben**

Nach Qassam Muaddi erleben die Palästinenser seit einem Jahr eine neue Stufe ihrer andauernden Katastrophe, der Nakba, die vor 76 Jahren begann. Angesichts des israelischen Vernichtungsfeldzugs im Gazastreifen sowie der Zerstörung ländlicher palästinensischer Gemeinschaften und des Landraubs im Westjordanland erinnert sich Qassam an die Schilderungen seines Vaters, der die Nakba aus den Erzählungen der damaligen Flüchtlinge über Demütigung, Elend, Obdachlosigkeit und Hoffnungslosigkeit mitbekommen hat. Angesichts eines von Siedlern erschossenen 17-jährigen Nachbarn brach für Qassam ihre ganze Welt zusammen. Für Qassam erfolgt seit Oktober 2023 “die Auslöschung der gesamten physischen Bestandteile der Zivilisation des Gazastreifens und die physische Beseitigung von 2 bis 3 Prozent der Bevölkerung durch Israel. Die von Gallant angekündigte Belagerung führte zu einer Ausbreitung von Hunger und Krankheiten im Gazastreifen. Aber diese rassistische, kriminelle Logik wird von den Führern der meisten westlichen Länder noch gesteigert. Während der US-Präsident und sein Außenminister weiterhin betonen, dass sie ihr Bestes tun, um einen Waffenstillstand zu erreichen, liefert die US-Regierung weiterhin Waffen und politische Unterstützung an Israel. [...] Mit jeder bombardierten Schule, mit jedem zerstörten Krankenhaus, mit jeder aus ihrem Haus vertriebenen Familie haben uns die Führer der westlichen Welt, insbesondere der USA, ins Gesicht gesagt, dass wir menschliche Tiere sind. Dass unsere Leben nichts wert sind.“

Aber Qassam sieht auch, dass das vergangene Jahr **[“auch ein Jahr der palästinensischen Standhaftigkeit und der weltweiten Solidarität mit unserem Volk](#)** [war]. Nach einem Jahr Völkermord, 18 Jahren Blockade des Gazastreifens, 56 Jahren Besatzung und 76 Jahren Nakba und ethnischer Säuberung ist der Gazastreifen nicht tot. Sein sozialer Zusammenhalt ist noch intakt. Es war ein Jahr des Durchhaltewillens und der Beharrlichkeit.“ Und Qassam weiß: “Wir, die ‘menschlichen Tiere’, haben der Welt das Christentum geschenkt und damit die Werte des

Mitgeföhls, der Gerechtigkeit und der menschlichen Brüderlichkeit, auf denen alle modernen humanistischen Philosophien aufbauen. Wir sind Teil der arabischen und muslimischen Zivilisationen, die der Menschheit Mathematik, Chemie und moderne Medizin beschert haben. Wir, die 'menschlichen Tiere', haben der westlichen Vorstellungswelt die Namen Jerusalem, Bethlehem und Nazareth gegeben und geben diesen Namen durch unsere Widerstandsfähigkeit weiterhin das Leben, das sie zu mehr als bloßen Namen in der westlichen Vorstellungswelt macht.“

[Qassam Muaddi](#) ist palästinensische Journalistin, deren Söhne von den israelischen Streitkräften getötet wurden. Sie hat als Schülein in der sechsten Klasse die zweite Intifada erlebt und möchte, dass die Geschichte ihres Volkes gehört wird. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Patrick Lawrence: **Israel und seine Nachbarschaft**

Chas Freeman, ein ehemaliger Diplomat, gibt im Dialog mit Patrick Lawrence u.a. folgende Einschätzungen zum Nahost-Konflikt ab: [“Die abscheulichen Taten Israels haben es zur meistgehassten Gesellschaft auf dem Planeten gemacht.](#) Netanjahu wird als moralisches Äquivalent von Adolf Hitler gesehen, und Israel ist überall außerhalb des Westens ein Paria. Außer einer schwindenden Schar amerikanischer Politiker möchte niemand mehr in Israels oder Netanjahus Gesellschaft gesehen werden. [...] Israels Aktionen im Gaza-Streifen, in Syrien, im Jemen und jetzt in Libanon sowie seine Bemühungen, einen sich ausweitenden regionalen Krieg in Westasien zu provozieren, haben das bisher Unmögliche erreicht. Sie haben die Schiiten mit den Sunniten vereint und die saudi-iranische Annäherung gefestigt. [...] Das Völkerrecht und die globale Mehrheit mögen von risikoscheuen Regierungen vorübergehend beiseite geschoben worden sein, aber die Toleranz der Öffentlichkeit gegenüber Israel als Täter des Bösen wird eindeutig immer dünner. Die Kluft zwischen den etablierten politischen Eliten und der empörten Massenmeinung wird immer größer und destabilisiert die Politik sowohl in demokratischen als auch in nicht-demokratischen Gesellschaften.“

[Patrick Lawrence](#), langjähriger Auslandskorrespondent, ist vor allem für die 'International Herald Tribune' und als Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent tätig. Sein jüngstes Buch ist "Time No Longer: Amerikaner nach dem amerikanischen Jahrhundert". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Dave DeCamp: **USA legen im UN-Sicherheitsrat Veto gegen Resolution für Waffenruhe im Gazastreifen ein**

Am 20.11.2024 haben die USA erneut ihr Veto im UN-Sicherheitsrat eingelegt, um eine Resolution zu verhindern, in der ein sofortiger Waffenstillstand im Gazastreifen gefordert wird. Die Abstimmung fand zu einem Zeitpunkt statt, zu dem Israel im Norden des Gazastreifens eine ethnische Säuberungskampagne durchführt und die Hilfslieferungen in den Gazastreifen auf dem bisher niedrigsten Stand sind. Die [Resolution S/2024/835](#) scheiterte mit 14:1 Stimmen, da alle anderen Mitglieder des 15-köpfigen Sicherheitsrats die Forderung nach einem Waffenstillstand unterstützten. Die Resolution forderte [“einen sofortigen, bedingungslosen und dauerhaften Waffenstillstand, der von allen Parteien einzuhalten ist,](#) und bekräftigt außerdem die Forderung nach der sofortigen und bedingungslosen Freilassung aller Geiseln“. Obwohl die Resolution die bedingungslose Freilassung der israelischen Geiseln im Gazastreifen forderte, begründeten die USA ihr Veto damit, dass sie die Freilassung der Geiseln nicht zur Bedingung für einen Waffenstillstand gemacht hätte. Der Botschafter von Algerien, einem nicht-ständigen Mitglied des Rates, kritisierte das Veto der USA: “Die heutige Botschaft an die israelische Besatzungsmacht ist

klar: Erstens: Sie können Ihren Völkermord fortsetzen. Sie dürfen Ihre kollektive Bestrafung des palästinensischen Volkes ungestraft fortsetzen. In dieser Kammer genießen Sie Immunität.“

[Dave DeCamp](#) ist stellvertretender Redakteur bei [Antiwar.com](#) und freiberuflicher Journalist in Brooklyn, NY, mit Schwerpunkt auf US-Außenpolitik und Kriegen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Ilan Pappé: **Der Staat Israel nach dem 7. Oktober: Zwischen Entkolonialisierung und Zerfall**

Aufgrund der völkermörderischen Politik des Staates Israel hat sich laut dem Historiker Ilan Pappé im vergangenen Jahr eine weltweite Bewegung zur Unterstützung der palästinensischen Bewegung manifestiert. Auch wenn sich bisher keine sichtbare palästinensische Führung herausgebildet habe, werde dies noch geschehen. Pappé ist [überzeugt, dass die Unterdrückung der Palästinenser enden wird](#). Es sei nur eine Frage des “Wann“. Für Israel werde nach dem Ende dieses Kapitels kein neues Kapitel beginnen. “Die ursprüngliche zionistische Idee, einen europäisch-jüdischen Staat im Herzen der arabischen Welt durch die Enteignung der Palästinenser zu errichten, war von Anfang an unlogisch, unmoralisch und nicht umsetzbar.“

[Ilan Pappé](#), Jg. 1954 in Haifa als Sohn deutscher Juden, die aus Deutschland geflüchtet waren, studierte in Jerusalem und promovierte in Oxford. Er ist einer der Protagonisten der “Neuen israelischen Historiker“, die für eine Revision der offiziellen Geschichtsschreibung des Zionismus und des Staates Israel und für einen kritischen Ausgleich mit den Palästinensern plädieren. Er war Leiter des Friedensforschungsinstitut Givat Haviva, lehrte bis 2007 politische Wissenschaften an der Universität Haifa und ist derzeit Professor für Geschichte an der Universität Exeter. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● BüSo: **Mutige Israelis fordern Sanktionen gegen Israel, um ihr Land zu retten**

Israelische Bürger haben einen Appell in elf Sprachen veröffentlicht, mit dem die [internationale Gemeinschaft aufgerufen wird, “sofort zu intervenieren](#) und alle möglichen Sanktionen zu verhängen, um einen sofortigen Waffenstillstand zwischen Israel und seinen Nachbarn zu erreichen, für die Zukunft der beiden Völker in Israel und Palästina und für die Völker der Region und für ihr Recht auf Sicherheit und Leben“. Für die Unterzeichner befindet sich Israel “auf einem selbstmörderischen Weg und sät Zerstörung und Verwüstung, die von Tag zu Tag zunehmen“. Auch wenn viele führende Politiker die Massaker und Zerstörungen verurteilt hätten, würden die Waffenlieferungen, die Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, sicherheitsrelevanten, wissenschaftlichen und kulturellen Fragen fortgesetzt, was die Bürger kritisieren: “Den Verurteilungen folgen keine praktischen Maßnahmen. Wir haben die Nase voll von leeren Worten und Erklärungen. Bitte, um unserer Zukunft willen und um der Zukunft aller Menschen in Israel und der Region willen, rettet uns vor uns selbst und übt echten Druck auf Israel aus, um einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen.“

Der Herausgeber der israelischen Tageszeitung Haaretz, Arnos Schocken, würdigt den Mut der appellierenden Bürger und forderte seinerseits die internationale Gemeinschaft auf, Sanktionen gegen die Regierung Netanjahu zu verhängen, weil sie “dem palästinensischen Volk ein grausames Apartheidregime aufzwingt“ und “die ethnische Säuberung von Palästinensern aus Teilen der besetzten Gebiete unterstützt. In gewisser Weise ist das, was jetzt in den besetzten Gebieten und in Teilen des Gazastreifens geschieht, eine zweite Nakba, bei der Flüchtlinge vertrieben und geschaffen werden.“ Schocken schlug vor, “Sanktionen gegen den israelischen Regierungschef, gegen die Regierungschefs, die sich dem widersetzen, und gegen die Siedler zu verhängen, die sich unter Verletzung des Völkerrechts in den besetzten Gebieten aufhalten“. Daraufhin haben vier israelische Ministerien angeordnet, alle Geschäftsbeziehungen mit der Zeitung abubrechen,

während Justizminister Yariv Levin den Generalstaatsanwalt Gali Baharav-Miara offiziell aufgefordert hat, ein Gesetz vorzubereiten, das Israelis, die "die Anwendung internationaler Sanktionen gegen Israel, seine Führung, seine Sicherheitskräfte und seine Bürger fördern oder dazu ermutigen", mit zehn Jahren Gefängnis bestraft.

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Alfred de Zayas: **Friedensmission der UNESCO**

Von der UNESCO-Verfassung vom 16.11.1945 ausgehend und auch an die UN-Charta und UN-Resolutionen erinnernd sieht Alfred de Zayas, dass die dort zugrunde liegende "Idee, eine Kultur des Friedens aufzubauen", von Regierungen nicht gelebt wird. Er belegt mit vielen Beispielen, dass die Menschheit mehr als einen unverbindlichen Zukunftsgipfel braucht, um diese Idee zu leben. Aus seiner Auseinandersetzung mit der von einem Dritten Weltkrieg bedrohten Menschheit, schlussfolgert de Zayas: "[Die Zukunft der gesamten Menschheit hängt von der Sicherung des Friedens ab](#). Leider gibt es kaum eine Chance, die UN-Charta und die UNESCO-Verfassung umzusetzen, es sei denn, die Großmächte geben ihre gefährliche Kriegstreiberei auf und erkennen, dass es unmöglich ist, durch Krieg einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Wir, die Völker, Mitglieder der Zivilgesellschaft, müssen Wege finden, um Regierungen davon zu überzeugen, Brücken der Verständigung zu bauen, die Zusammenarbeit zu verbessern und Freundschaft zu erreichen – nicht nur Toleranz.

Deshalb ist ein Globaler Pakt für die Erziehung zum Frieden so notwendig geworden. Es ist wichtig, sich immer wieder vor Augen zu führen, was uns der erste Paragraph der UNESCO-Verfassung mitteilt: 'Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.' In diesem Sinne ist es angebracht, abschließend aus der Antrittsrede von Präsident John F. Kennedy zu zitieren, die er am 10. Juni 1963 an der American University in Washington, D.C., hielt: 'Vor allem müssen die Atommächte bei der Verteidigung der eigenen vitalen Interessen jene Konfrontationen vermeiden, die einen Gegner vor die Wahl stellen, entweder einen demütigenden Rückzug anzutreten oder einen Atomkrieg zu führen. Einen solchen Kurs im Atomzeitalter, wäre nur ein Beweis für den Bankrott unserer Politik – oder für eine kollektive Todessehnsucht für die Welt.' "

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● IPPNW: **Neue Kampagne für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen**

Bundesregierung und US-Regierung haben angekündigt, ab 2026 landgestützte Marschflugkörper, Hyperschallwaffen und Raketen der USA in Deutschland zu stationieren. Diese Waffensysteme können mit einer stark verkürzten Vorwarnzeit strategische Ziele, etwa Atomwaffenstandorte, in Russland treffen, was zu einer erhöhten Alarmbereitschaft in Russland führen kann und das Risiko von Fehlentscheidungen verschärft. Die Stationierung bedeutet nach IPPNW somit einen neuen, gefährlichen Schritt im Wettrüsten und eine weitere Eskalationsgefahr. Vor diesem Hintergrund sei es unverantwortlich, dass die Entscheidung ohne eine gesellschaftliche Debatte getroffen wurde, nicht einmal der Bundestag wurde im Vorfeld informiert. Der IPPNW

und weitere Organisationen haben deswegen die [Kampagne "Friedensfähig statt erstschlagfähig – für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!"](#) gestartet, um über die Risiken aufzuklären und politischen Druck für die Rücknahme der Stationierungsentscheidung aufzubauen. Es werden folgende Forderungen erhoben: 1. Ein Stopp der geplanten Stationierung neuer US-Mittelstreckensysteme in Deutschland. 2. Einen Abbruch der Projekte zur Entwicklung eigener, europäischer Hyperschallwaffen und Marschflugkörper, an denen Deutschland sich beteiligen will. 3. Dialog statt Aufrüstung: Die Wiederaufnahme von Verhandlungen über Rüstungskontrolle und (nukleare) Abrüstung (z.B. für ein multilaterales Folgeabkommen zum INF-Vertrag). 4. Neue Initiativen für gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit und die langfristige Vision einer neuen Friedensordnung in Europa.“

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Werner Rügemer: **EU: Ausweg aus dem gefährlichen Vasallen-Status**

Nicht nur Deutschland, sondern ganz Westeuropa wurde nach dem Zweiten Weltkrieg [in eine gefährliche Abhängigkeit von den USA gebracht](#). So wurden die Gelder des Marshall-Plans nur an Länder vergeben, wenn dort US-konforme Regierungen an der Macht waren. Der durch die Gelder entstehende Wohlstand sollte, so Werner Rügemer, nur ein Zugeständnis auf Zeit sein. Nach 1990 wurde unter Leitung von US-Beratern in Osteuropa ein Oligarchen-Kapitalismus etabliert. Zum Teil werden dabei laut Rügemer politisch rechts gerichtete, teils faschistoide Kräfte gefördert. "Alle osteuropäischen Staaten wurden zuerst Mitglied der NATO, erst danach durften sie Mitglied der EU werden." Nur Russland habe sich nach anfänglicher Installation des "prowestlich-korrupten Präsidenten Boris Jelzin" gegen den US-Zugriff gewehrt.

US-Konzerne, Banken und Berater betreiben seit hundert Jahren Filialen in West-Europa, seit 1990 auch in Osteuropa, aber seit der Jahrtausendwende kaufen US-Kapitalakteure bestehende europäische Unternehmen. Investoren wie BlackRock, Vanguard & Co sind inzwischen in allen 40 Unternehmen des deutschen DAX die führenden Eigentümer und Profiteure. US-Beratungsfirmen wie McKinsey & Co beraten die Regierungen und die EU bzw. sitzen als hochbezahlte Mitarbeiter in den Regierungen und entscheiden über staatliche Subventionen – was sie auch in den USA tun. So werden in Europa Subventionen für Unternehmen nach US-Gusto vergeben oder aber Unternehmen durch Subventionen in die USA gelockt. Die USA können Europa vom russischen Gas abtrennen und die europäischen NATO-Mitgliedstaaten zu höheren Militärhaushalten verpflichten. Damit gehe auch eine Verarmung und Vernachlässigung der Infrastruktur in Westeuropa einher. Deshalb habe die Chefin eines italienischen Unternehmens gewarnt: "Wenn wir so weitermachen, werden wir unseren Wohlfahrtsstaat nicht aufrechterhalten, an den Technologiesprüngen scheitern und unsere Lebensqualität verlieren."

Die europäischen Staaten müssten souverän werden – und dazu aus der NATO austreten, die US-Militärstützpunkte aufkündigen, die Europäische Sicherheit in Zusammenarbeit mit Russland angehen, Industrie- und Handelskooperationen in Formaten wie BRICS organisieren, die öffentliche Infrastruktur ausbauen und "die unregulierten Schattenbanken BlackRock & Co" sowie deren Unternehmen "regulieren, entflechten, enteignen, die sinnvollen Teile in national und sozial gestaltetes Eigentum überführen!"

[Werner Rügemer, Jg. 1941](#), Publizist, Buchautor, Referent, Berater und Stadtführer; thematische Schwerpunkte: Internationale Kapital- und Arbeitsverhältnisse, Privatisierung und Unternehmenskriminalität sowie die Entwicklung des Weltsystems nach Prinzipien des Völkerrechts

und der Menschenrechte; Vorstandsvorsitzender der 'aktion gegen arbeitsunrecht', Beirat von 'attac Deutschland' und Mitbegründer der Initiative 'Gemeingut in BürgerInnenhand' (gib). (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Thierry Meyssan: **Der Platz der USA und Israels in den Regierungen der EU und Frankreichs**

Meyssan betont: Die Europäische Union wurde nicht von den Europäern gegründet, sondern von den USA und Großbritannien, [um sie besser kontrollieren zu können](#). Als Druckmittel, in die damalige EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) einzutreten, sei der Marshallplan genutzt worden. Die Europäische Kommission (früher als Hohe Behörde bekannt) ist nach Thierry Meyssan die nicht gewählte Verwaltung, die dafür verantwortlich ist, den Mitgliedstaaten ihren Willen aufzuzwingen. Als erster Präsident der Hohen Behörde sei Walter Hallstein, der für Adolf Hitler die Neuordnung Europas konzipiert hatte, eingesetzt worden. Die ersten Beamten der Behörde seien an US-Universitäten für zivil-militärische Angelegenheiten ausgebildet worden. Das Europäische Parlament sei nur eine Kammer, die die Entscheidungen der Angelsachsen absegnen. In den letzten Jahren sei es ihr gelungen, die Zuständigkeiten der Kommission zu Lasten der Souveränität der Mitgliedstaaten auszuweiten, ohne etwas an den Verträgen zu ändern. Meyssan legt auch dar, dass die französische Regierung von Michel Barnier geführt werde, einem Menschen, der im Schatten Washingtons und Londons am Aufbau der EU und deren Außenpolitik, z.B. bzgl. der proisraelischen Ausrichtung, arbeite.

[Thierry Meyssan, Jg. 1957](#), französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des 'Réseau Voltaire' und der Konferenz 'Axis for Peace'. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, lateinamerikanischen und russischen Presse. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● **Corona-Pandemiejahre aufarbeiten – Stimmen in Deutschland und den USA**

Die Veröffentlichung der sogenannten RKI-Files zeigt für den Psychologen Jürgen Mietz, dass wir während der sogenannten Pandemiejahre nicht auf wissenschaftlicher Grundlage beraten und geführt wurden, sondern aufgrund politischer Motive, die wissenschaftlich verkleidet wurden. Allein das rechtfertigt schon die Forderung nach "Aufarbeitung", soll der Anspruch auf Demokratie und Rationalität Gültigkeit behalten. Da durch Studien belegt sei, dass unter den nicht rationalen Pandemie-Maßnahmen mit ihren katastrophalen Folgen in den meisten deutschen Schulen besonders die Kinder und Jugendlichen gelitten haben und deren Nachwirkungen noch täglich zu spüren seien, sei [insbesondere die Schulpsychologie zur "Aufarbeitung" verpflichtet](#). Mietz legt dar, dass in der Corona-Zeit durch ein bis dahin "unbekanntes Maß an Repression, Einschüchterung und Informationsverengung" das "Urvertrauen in Politik, in gesellschaftliche Institutionen und in Mitmenschen" von nicht wenigen Menschen zerstört worden sei. Psychologen, die die Maßnahmen und Methoden, einschließlich der Manipulation und Dramatisierung, schon früh kritisierten, seien nicht unterstützt worden. Es habe sich offensichtlich nicht die Frage gestellt, "ob der Schaden der Maßnahmen größer sein könnte als der Nutzen". Bis heute würden abweichende Positionen nicht zur Kenntnis genommen. Und es herrsche eine weitgehende Sprachlosigkeit bzgl. der Corona-Aufarbeitung, obwohl doch die sogenannten RKI-Files Anlass böten, die Frage der Abhängigkeit und Unabhängigkeit der Psychologie als Teil der Wissenschaften zu bearbeiten. Vielmehr sei bei vielen Professoren der Psychologie eine "Nähe zur Macht und die Andienung an sie als Mittel des Erhalts und des Ausbaus der Profession" festzustellen. Diese Rolle der Teilhabe schade den einst formulierten humanistischen und emanzipatorischen Ansprüchen der Psychologie.

Ein parteiübergreifender [Unterausschuss des US-Repräsentantenhauses zu den Folgen der Coronavirus-Pandemie](#) hat nun seinen 520-seitigen Abschlussbericht vorgelegt. Laut 'The Hill' sind die wichtigen Erkenntnisse des Unterausschusses:

1. SARS-CoV-2 ist höchstwahrscheinlich durch einen Labor- oder Forschungsunfall in Wuhan entstanden, denn das Virus besitzt eine biologische Eigenschaft, die in der Natur nicht vorkommt. Die Diskreditierung dieser Aussage, sei von Dr. Fauci gefördert worden.

2. Die von der NGO 'EcoHealth' mit Mitteln des NIH (National Institutes of Health) finanzierten Experimente (gefährliche Gain-of-Function-Forschung in Wuhan) sind nicht ordnungsgemäß beaufsichtigt worden und die NIH-Aufsicht über 'EcoHealth' habe versagt. Auch die Regierungen in den USA seien nicht in der Lage gewesen, Verschwendung, Betrug und Missbrauch von Steuergeldern im dreistelligen Milliardenbereich während der Pandemie ausreichend zu identifizieren.

3. Viele der ergriffenen Maßnahmen werden kritisiert, so z.B., dass Abstandhalten, Masken und Maskenpflichten "die Ausbreitung von Covid-19 nicht wirksam eindämmen konnten" oder dass Lockdowns der Wirtschaft der allgemeinen Gesundheit der US-Amerikaner unermesslichen Schaden zugefügt habe, mit besonders negativen Auswirkungen auf jüngere Bürger. Eine Priorisierung der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen sei nicht erfolgt.

4. Entgegen den Versprechungen habe der COVID-19-Impfstoff die Ausbreitung oder Übertragung des Virus nicht gestoppt. Warnungen vor einer Beschleunigung des Zulassungsverfahrens seien ignoriert worden. Die natürliche Immunität sei ignoriert worden.

5. Die Lockdowns haben 160'000 Unternehmen zur überwiegend dauerhaften Schließung gezwungen.

6. "Es ist unwahrscheinlich, dass Kinder zur Verbreitung von COVID-19 beitragen oder schwere Krankheiten oder Todesfälle erleiden. Stattdessen erlitten die Kinder infolge der Schulschließungen einen historischen Lernverlust, eine höhere Rate psychischer Belastungen und ein vermindertes körperliches Wohlbefinden."

7. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses sei von verschiedenen Institutionen und Persönlichkeiten behindert worden.

[Jürgen Mietz](#), Diplom-Psychologe, Supervisor (BDP), Weiterbildung in Systemischer Psychologie und Familientherapie, ist tätig als Heimpsychologe, sowie als Schulpsychologe. (Red.)

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● MWGFD: **Italienische Studie bestätigt Gesundheitsgefährdung durch mRNA-Impfstoffe**

Eine kürzlich veröffentlichte Studie der obersten italienischen Gesundheitsbehörde 'Istituto Superiore della Sanità' (ISS), finanziert durch das italienische Gesundheitsministerium, stellt die Wirksamkeit und Sicherheit der derzeit eingesetzten mRNA-basierten Covid-19-Impfstoffe infrage. Die [Studie bestätigt gleichzeitig die damit verbundenen erheblichen Gesundheitsrisiken](#). Die zentralen Aussagen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Unzureichender Schutz: Die Immunantwort auf die Impfstoffe finde nicht ausreichend in den Schleimhäuten der Atemwege statt, dem Haupteintrittsweg des Virus.

2. Langzeitrisiken: Die unkontrollierte Produktion des Spike-Proteins im Körper könnte Autoimmunerkrankungen und die Entwicklung oder Reaktivierung von Tumoren fördern.

3. Verteilung im Körper: Die in Nano-Lipidpartikeln verpackte mRNA gelange in sämtliche Körperzellen, darunter Herzmuskel, Gehirn und Fortpflanzungsorgane.

4. Verbleib im Körper: Spuren von mRNA seien auch Wochen nach der Impfung in Gewebe wie Herzmuskel und Lymphknoten nachweisbar.

5. Kritische Nebenwirkungen: Die Studie verweist auf mögliche Zusammenhänge mit Herzmuskelentzündungen (Myokarditis) und chronischen Entzündungen, die das Risiko von Herzproblemen und Krebserkrankungen erhöhen könnten.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse fordert Renate Holzeisen in ihrer Funktion als Abgeordnete des Südtiroler Landtags die sofortige Aussetzung der Impfkampagne sowie den Rücktritt des italienischen Gesundheitsministers Orazio Schillaci und des für Gesundheit in Südtirol zuständigen Landesrats Hubert Messner. Holzeisen wirft den Verantwortlichen vor, die bekannten Risiken ignoriert und eine schädliche Impfstrategie verfolgt zu haben. Besonders scharfe Kritik übt Holzeisen daran, dass die potentiell tödlichen mRNA-Impfstoffe weiterhin Schwangeren, älteren Menschen und immungeschwächten Patienten empfohlen werden.

[MWGFD](#), Gesellschaft der Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V., ist ein Zusammenschluss von Ärzten und anderen medizinisch tätigen Personen mit Wissenschaftlern, die sich in Forschung und Lehre mit den Themen Gesundheit, Freiheit und Demokratie beschäftigen, um dem gesundheitlichen und sozialen Wohl der Bevölkerung zu dienen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Wiltrud Schwetje: **Im Zeitalter von KI und Gesichtserkennung werden persönliche Daten auf einen Blick sichtbar**

Zwei Harvard-Studenten haben aufgezeigt, dass man mit Hilfe einer von Meta entwickelten "intelligenten Brille" und KI (Künstlicher Intelligenz) [innerhalb einer Minute die persönlichen Daten von Passanten auf der Straße herausfinden](#) kann. Die Ergebnisse ihres Experiments hielten die Studenten in einem [Video](#) (1m59, Engl.) fest, das sie in den sozialen Medien verbreiteten. Als sie ihren Versuchspersonen zeigten, welche persönlichen Informationen sie in kürzester Zeit über sie herausgefunden hatten, waren diese erstaunt und entsetzt. Deshalb stellten die Studenten eine Liste mit Anleitungen zusammen, wie man sich von Rückwärtsgeichts- und Personensuchmaschinen abmelden und wie man sich vor Datenlecks schützen kann.

[Wiltrud Schwetje](#), Jg. 1960, studierte Ethnologie und arbeitet als freie Journalistin. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Ersten "Trusted Flagger" in Deutschland**

Die deutsche Bundesnetzagentur hat Anfang Oktober den ersten "Trusted Flagger" gemäß dem 'Digital Services Act' (DSA) der EU zugelassen. In ihrer Funktion als 'Digital Services Coordinator' (DSC) ist die Agentur nach eigenen Angaben die zentrale [Koordinierungsstelle für die Durchsetzung des DSA in Deutschland](#). "Trusted Flagger" spielen bei der Umsetzung eine zentrale Rolle. Denn: "Plattformen sind verpflichtet, auf Meldungen von 'Trusted Flaggern' sofort zu reagieren. Illegale Inhalte, Hass und Fake News können sehr schnell und ohne bürokratische Hürde entfernt werden. Das hilft, das Internet sicherer zu machen." Die Meldestelle REspect! bekommt ihre "Arbeit gegen Hetze, Verschwörungserzählungen und Fake News" u.a. aus Mitteln des Bundesprogramms "Demokratie leben!", also von der Bundesregierung finanziert. Laut Andreas Rottmann wurde jetzt mit REspect! der oberste "vertrauenswürdige Hinweisgeber" gekürt.

Auf die überlasteten Gerichte könnte durch die "Vertrauenswürdigen Hinweisgeber" nach dem DSA viel Arbeit zukommen. Sie werden nach Norbert Häring klären müssen, ob die Meldestelle REspect! und Co. "Beliehene" sind, denen hoheitliche Aufgaben übertragen wurden, und [ob die Meldung bei einer Medienplattform einen Verwaltungsakt darstellt](#). Dann müssten diese laut Verfassungsrechtler Josef Franz Lindner §28 des Verwaltungsverfahrensgesetzes beachten. Dieser verlangt, dass Betroffene in der Regel vor Erlass eines Verwaltungsakts gehört werden.

[Andreas Rottmann](#) lebt in Spanien und arbeitet als Sprachlehrer, Übersetzer und freier Journalist. Er hat Politikwissenschaft und Romanistik studiert. In seiner Wahlheimat engagiert er sich auch für einen lokalen Kulturverein. [TransitionNews](#) wird herausgegeben von der genossenschaftlichen Internet-Plattform 'Transition Media', die aus der 2020 von Christoph Pfluger gegründeten Datenbank Corona-Transition hervorgegangen ist. Die Plattform setzt sich für Meinungsvielfalt, Transparenz und gesellschaftskritischen Austausch ein. (Red.)

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Christian Kreiß: **Wir müssen die Mieten weiter erhöhen**

Laut dem Präsidenten des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten, gilt: "Die Geschäftsmodelle börsennotierter Wohnungskonzerne sind unsozial und spekulativ ... Am Ende zahlen alles die Mieterinnen und Mieter, das ist das Geschäftsmodell von Vonovia und Co." Allein schon die Tatsache, dass die Aktionäre nicht nur vom größten Vermietungsunternehmen Deutschlands, Vonovia (500'000 Wohnungen), in den letzten Jahren im Durchschnitt eine Dividende von etwas über 20% der Mieteinnahmen ausbezahlt, bedeutet nach Christian Kreiß für die Mieter, dass ihre Miete um 20% gesenkt werden könnte, wenn keine Dividenden bezahlt würden. Ähnlich sieht es bei LEG (166'500 Wohnungen) aus: Deren Nettokaltmieten hätten 2023 um 21,7% geringer ausfallen können.

Kreiß erinnert an die für Arbeitnehmer geltenden Lebensbedingungen: "In den letzten 10 Jahren, von 2014 bis 2023, stiegen die tariflichen Stundenverdienste in Deutschland (mit Sonderzahlungen) um 24,3%. Die Neuvertragsmieten erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 44,9%. Die [Neumieten sind also beinahe doppelt so stark gestiegen wie die Tariflöhne](#). In den sieben Ballungsgebieten Deutschlands sieht es noch ein wenig schlechter aus. [...] Ähnliches gilt für den Erwerb der eigenen vier Wände. Eigentumswohnungen in Deutschland sind in den letzten 10 Jahren um 62,7% teurer geworden. Dazu kommen die in den letzten beiden Jahren dramatisch gestiegenen Zinsen." Kreiß setzt das in Zusammenhang mit den Bodenrenten, die sich allein in Deutschland auf 400 Mrd. Euro belaufen. Durch Bezieher dieser Renten (Dividenden) werden keine Leistungen erbracht.

Rudolf Steiner habe gesagt, dass der nicht vermehrbare Boden keine Ware, kein handelbares Gut sein dürfe und jeder Mensch Recht auf ein Stück Boden habe. Um diese Ungerechtigkeit, dieses Übel zu beseitigen, zählt Kreiß sechs Vorschläge auf:

1. Die Enteignung von Großeigentümern.
2. Einführung bzw. Wiederbelebung eines kommunalen Erbbaurechts, um Wohnungsbestände in die Sozialbindung zurückzuholen.
3. Neue Wohnungsgemeinnützigkeit ausbauen.
4. Vorkaufsrecht für Kommunen bei zum Verkauf angebotenen Immobilien zu einem unter dem Marktpreis liegenden Wert, um diese auf Erbpachtbasis zu vergeben.
5. Vermehrung von Genossenschaften im Wohnbereich.
6. Progressive Abgabe auf Bodeneigentum, das nicht selbst genutzt wird.

Kreiß beklagt: “Die Politik der Bundesregierung (und die vieler anderer Länder) dient meines Erachtens schon lange nicht mehr den Interessen der großen Mehrheit der Menschen im Lande, sondern bedient ganz überwiegend die Interessen einer sehr kleinen, sehr reichen Minderheit. Das ist nicht gerade demokratisch.“

[Christian Kreiß](#), Jg. 1962, studierte Volkswirtschaftslehre und war neun Jahre als Bankier tätig. Seit 2002 arbeitet er als Professor an der Hochschule Aalen für Finanzierung und Volkswirtschaftslehre. Kreiß setzt sich seit Jahren für eine gerechtere Wirtschaft und Gesellschaft ein und fordert kritisches und aufgeklärtes Verbraucherverhalten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Hans-Böckler-Stiftung: Einkommensungleichheit und Armut haben seit 2010 deutlich zugenommen – Sorgen um Lebensstandard strahlen bis in Mittelschicht aus**

Seit 2010 ist die [Ungleichheit der Einkommen in Deutschland deutlich gestiegen](#) und in den letzten Jahren haben sich Ängste, den eigenen Lebensstandard nicht mehr halten zu können, in der Bevölkerung stark ausgebreitet. Die Quote der Menschen, die in Armut leben, hat nach den neuesten verfügbaren Daten ebenfalls erheblich zugenommen und liegt auf einem Höchststand (detaillierte Daten unten). Hinzu kommt, dass Arme während der 2010er Jahre gegenüber anderen Einkommensgruppen wirtschaftlich noch weiter zurückgefallen sind, denn von der insgesamt positiven Wirtschafts- und Einkommensentwicklung im vergangenen Jahrzehnt haben sie nur vergleichsweise wenig abbekommen.

Das prägt den Alltag und schränkt soziale Kontakte von Menschen mit niedrigem Einkommen ein: Schon 2021, also vor dem Beginn der Inflationswelle, hatten mehr als 40% der Armen und über 20% der Menschen in der Gruppe mit “prekären“ Einkommen etwas oberhalb der Armutsgrenze keinerlei finanzielle Rücklagen, um kurzfristige finanzielle Notlagen zu überbrücken. Rund 10% der Armen waren zudem finanziell nicht in der Lage, abgetragene Kleidung zu ersetzen.

Über die Coronakrise und den Inflationsschub zwischen 2020 und 2023 haben sich Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage bei vielen Menschen noch einmal deutlich verschärft, und zwar unter Ärmern sowie bis weit in die Mittelschicht hinein: Deutlich mehr als die Hälfte der Menschen in der unteren Einkommenshälfte, aber auch knapp 47% in der oberen Mittelschicht fürchteten im vergangenen Jahr, ihren Lebensstandard zukünftig nicht mehr halten zu können. Zu diesen Ergebnissen kommt der neue Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Die [Hans-Böckler-Stiftung](#) (HBS), 1977 gegr., ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Sie ist eine gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Düsseldorf. Benannt nach dem ersten Vorsitzenden des DGB, Hans Böckler, ist sie allen ihren Aufgabenfeldern der Mitbestimmung als zentrales demokratisches Gestaltungsprinzip verpflichtet und wirbt für diese Idee. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Christian Fischer: Demokratie im Detail**

Verschiedene Nationen haben sehr verschiedene Formen von Demokratie “erfunden“, von denen sicher nicht nur eine als die einzig wahre gelten kann. In dem Kapitel [“Demokratische Vielfalt“](#) werden neun verschiedene Demokratien nach einem gleichen Schema vorgestellt, beginnend immer mit dem Satz: “Das Volk wählt...“, nämlich nicht immer dasselbe und nicht immer auf dieselbe Art. In dem Kapitel [“Direktere Demokratie“](#) werden die politischen Strukturen

in Deutschland noch genauer unter dem Gesichtspunkt direkter Bürgerbeteiligung betrachtet. Diese Darstellungen laden ein zu Fragen wie:

Wie ist die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative organisiert: lassen sich wechselseitige Abhängigkeiten weitgehend vermeiden?

Wie ist die Gleichheit jeder Bürgerstimme realisiert: darf es in Teilbezirken zu einer übergeordneten Wahl unterschiedliche Wahlsysteme geben?

Wie ist die Subsidiarität von Entscheidungen realisiert: gibt es (unnötig?) starke Zentralentscheidungen oder gibt es (ausreichend?) föderale und dezentrale Strukturen? Wie selbständig (institutionell und finanziell) können welche Ebenen ihre Angelegenheiten regeln?

Wie lassen sich in einem Wahlsystem Persönlichkeitswahl und Verhältniswahl so vereinbaren, dass nicht erhebliche Mengen von Bürgerstimmen praktisch im Papierkorb landen?

Welche Entscheidungskompetenz haben gewählte Abgeordnete? und welche hat eine starke Exekutive? In welchem Ausmaß können direkte Volksentscheidungen korrigierend oder eigeninitiativ eingreifen?

Sind existenzielle Fragen wie Militäreinsätze/Kriegsbeteiligungen nur einem kleinen Gremium oder allen betroffenen Bürgern anvertraut?

...um nur einige wichtige Fragen zu benennen; gewiss gibt es noch weitere.

Demokratische Institutionen und Verfassungen sind das eine, lebendige Demokratie das andere. Aber beides hängt auch zusammen. Die Aktivität der Bürger hängt nicht nur von deren unmittelbarem Willen oder von psychologischen Befindlichkeiten ab, sondern auch davon, wie demokratische Institutionen die Bürger berechtigen, ermutigen oder behindern, am Interessenausgleich und Gemeinwohl zu arbeiten. Die Strukturen können einladend oder abstoßend für demokratische Praxis wirken. In diesem Sinne ist es hilfreich, sich damit zu beschäftigen.

Christian Fischer, Jg. 1951, promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **Lucien Scherrer: Erfolgsautor Eugen Ruge: "Wir sehen in Putin das geborene Monster. Das ist Märchenlogik"**

Der Schriftsteller und Regisseur Eugen Ruge, der 1988 aus der DDR in den Westen geflohen ist, setzt sich mit der politischen Stimmung in Deutschland auseinander. Er stellt fest, dass viele Menschen im Westen die ehemaligen DDR-Bürger immer noch von oben herab betrachten – ohne, dass er deshalb deren Wahlverhalten bewertet; er versteht es jedoch. Er stellt fest, dass Putin vor 20 Jahren sich sehr um Zusammenarbeit mit dem Westen bemüht habe – ohne, dass er sich deshalb als "russophil" bezeichnet oder den vom Kreml geführten Krieg gutheißt. Ruge sagt: "Ich bin einfach ratlos. Ich will, dass meine Enkel leben. Ich denke darüber nach, wie man auf dieser engen Erde miteinander auskommt ... Allgemein möchte ich dafür plädieren, mit anderen ins Gespräch zu kommen. Was Menschen tun, kann man fast immer verstehen, die wenigsten sind komplett verrückt. [Wenn man Demokratie als System versteht, in dem nur die eigene Meinung gilt, hat man sie falsch verstanden.](#) Es braucht mehr Empathie."

Lucien Scherrer, Jg. 1978, studierte Geschichte, Politologie und Medienwissenschaften in Bern. Derzeit NZZ-Redakteur im Ressort Feuilleton. (Red.)

[Inhalt ↑](#)